



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

15. Mai 2024, 16:30 Uhr bis 17:40 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20

Abwesende Mitglieder: 2

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Jahresbericht 2023 des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Ippolito (Stellvertretende Vorsitzende BMB) und Frau Wernert (KBB).

Frau Ippolito (BMB) führt in den TOP ein.

Frau Wernert (KBB) ergänzt die Ausführungen.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE) dankt dem Beirat für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten und fragt Frau Wernert zum Thema Mehrfachdiskriminierung, was ihr Eindruck in Heidelberg beim Runden Tisch der Vielfalt war? Gibt es von dort Ideen für neue Perspektiven in Karlsruhe?

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.) bedauert, dass die dringend notwendige personelle Unterstützung für die Kommunale Behindertenbeauftragte bei den Haushaltsberatungen im Gemeinderat nicht geschaffen werden konnte. Hier muss man am Ball bleiben. Auf die Eltern von Kindern mit Handicap kommen zusätzliche Herausforderungen zu, wenn die Kitas und Grundschulen zum Teil nicht mehr bereit sind, die gesetzlich vorgegebene Inklusion zu praktizieren. Diese Familien sind physisch und psychisch stärker belastet, als andere Familien. Die materielle Belastung für die Familien dürfte noch ein weiteres Thema sein. Was kommt hierzu bei Ihnen als Kommunale Behindertenbeauftragte an? Benötigen Familien mit behinderten Kindern stärker Hilfe als andere? Gibt es hierzu eine Übersicht an Anfragen und Hilfesuchen?

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Laut Bericht war die Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben zufriedenstellend. Ferner ist die Situation beschrieben, dass in Daxlanden die neuen barrierefreien Haltestellen auf den Plateaus sehr eng sind, wenn Rollstuhlfahrende dort wenden wollen. Entweder sind Haltestellen barrierefrei oder nicht. Sind der Beirat für Menschen mit Behinderungen und die Kommunale Behindertenbeauftragte mit dieser Situation zufrieden?

Frau Wernert (KBB): Meine Aufgabe ist eine Querschnittsstelle Inklusion und Teilhabe. Es gibt eine gute Arbeitsgemeinschaft mit Frau Meister, Gleichstellungsbüro und Frau Uhlig, Büro für Integration sowie der Antidiskriminierungsstelle, in der wir uns regelmäßig treffen und austauschen. Ich sehe nicht, dass das Beispiel aus Heidelberg mit einem Amt für Chancengleichheit die ultimative Lösung ist. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen und die Kommunale Behindertenbeauftragte werden noch andere Beispiele anschauen.

Es gibt viele Beratungsstellen für Familien mit Kindern mit Behinderung. Zu mir als Kommunale Behindertenbeauftragte kommen die Fälle in denen es wirklich brennt, wenn die Eltern keine Idee mehr haben, wie es weitergehen soll. Daher ist die Anzahl gering. Es ist wichtig im Vorfeld tätig zu sein, beispielsweise durch Ausweitung der Angebote und intensivere Bekanntmachungen.

Die Haltestellen in Daxlanden sind eng, doch in Absprache mit den Planern und Planerinnen der Verkehrsbetriebe werden gute Lösungen gefunden. Sie sind barrierefrei und DIN gerecht, mit der vorgeschriebenen Mindestbreite. Es herrscht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende dankt für die gute Zusammenarbeit.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den vorgelegten Bericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten für das Jahr 2023 zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 2 **Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen. Konzept zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) Teil 2**
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Meister (GB), Frau Kornhaas (GB) und Frau Brandt (GB).

Frau Brandt (GB) und Frau Kornhaas (GB) führen in den TOP ein.

Frau Stadträtin Melchien (GRÜNE): In der Vorlage war oft zu lesen, dass die Anforderungen der Istanbul Konvention nicht erfüllt sind. Bei ganz drängenden Themen, die momentan nicht bearbeitet werden und geltende UN Konvention sind, die also von der Stadt Karlsruhe umgesetzt werden müssen, muss finanziell geholfen werden. Bei Aufgaben, die wir in Karlsruhe vor Ort nicht bedienen können, da es keine kommunalen Aufgaben sind, sondern Landes- oder Bundesaufgaben sind, werden die Anliegen von der Stadtverwaltung zur Weiterbearbeitung an diese zuständigkeitshalber weitergeleitet. Hier stellt sich die Frage, ob nicht eine Art Gemeinderat-Resolution zur Weiterleitung an Land und Bund für

die Erfüllung ihrer Zuständigkeit und der drängenden Aufgabenerledigung erstellt werden sollte. Möglicherweise kann dies auch im Zusammenschluss mit anderen großen Städten erfolgen, um mehr zu erreichen.

Frau Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die CDU Fraktion wird nicht müde, weiterhin zu fordern, dass manche Aufgaben wie beispielsweise Frauenberatung, Kinderschutz und alles was die Stadt Karlsruhe im Rahmen der freiwilligen Leistungen wahrnimmt zur Pflichtaufgabe des Landes oder Bundes erklärt wird, damit die Finanzierung der Verwaltung sowie der Träger gesichert wird. Der Bedarf ist gegeben und steigt weiter an. Die Dunkelziffer ist stärker zu beleuchten. Es sind ja auch öfters minderjährige Mädchen betroffen. Die Opfer kommen meist nicht auf staatliche Stellen zu, da es auch oftmals innerhalb der Familie stattfindet. Es muss eine Sensibilisierung des Erkennens solcher Fälle erfolgen.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Der Umfang der in der Vorlage dargestellten Aufgaben zeigt, dass der Beschluss im Gemeinderat zur Einrichtung der Koordinierungsstelle sehr wichtig war. Die Priorisierung von Aufgaben ist gut und notwendig. Es muss geprüft werden, wie die Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen erledigt werden können. Hieraus ergeben sich drei Fragen. Erstens, wo können in der großen Gemengelage Bündelungen erfolgen? Möglicherweise bei ähnlichen Akteuren oder Zielgruppen. Der Schutzbrief wird auf der Homepage der Stadt Karlsruhe unter Bündnis AniKA Ankommen in Karlsruhe in 13 Sprachen eingestellt. Diese Maßnahme kostet nichts und kann zu Erfolgen führen. Zweitens, wo gibt es Maßnahmen, Lösungsansätze die bereits vorliegen und ohne große Ressourcen verfolgt werden können? Drittens, wie dringend ist der Handlungsbedarf in welchen Handlungsfeldern? Absprachen und Synergien können hilfreich sein, daher ist die Einrichtung der Runden Tische gut.

Frau Brandt (GB): Die Einrichtung der Runden Tische muss schnellstmöglich angestoßen werden, um die Vernetzungsstruktur, die bisher noch fehlt, zu erzielen. Das ist der erste Schritt. Sobald die Koordinierungsstelle eingerichtet ist, wird sich die Verwaltung mit der Priorisierung auseinandersetzen. Ein Forum Istanbul-Konvention ist für Anfang 2025 geplant, bei dem die Priorisierung vorgestellt werden soll. Für Karlsruhe gibt es keine Zahlen zu den Dunkelziffern. Die Erhebung von Zahlen, Sammeln von Fällen sowie das Belegen und Berichten über Jahresverläufe ist eine Vorgabe der Istanbul-Konvention. Die Umsetzung dieser Aufgabe wird an den Runden Tischen erfolgen. Zu den Zuständigkeiten ist zu sagen, dass das Land Aufgaben auf die Kommunen runterbricht, da dort gehandelt wird. Die Resolutionsidee ist zu befürworten, um an das Land mit der Frage der Zuständigkeiten sowie den nötigen Unterstützungsbedarfen heranzutreten.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Eine Resolution ist wichtig und sollte über den Städtetag mit Beteiligung mehrere Städte eingereicht werden.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Durchführung der Aufgaben kann nur in der Kommune erfolgen, weil hier die Menschen sind und die Netzwerke aufgebaut werden können. Es muss jedoch vom Land als gesetzliche Aufgabe finanziert werden, doch diese Finanzierung ist bisher nicht gesichert. Diese Forderung an Landes- und Bundesebene zu stellen, ist richtig und wichtig.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Ergebnisse der Bestands- und Bedarfsaufstellung für ein kommunales Konzept zur

Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention in der beschriebenen Form weiter fortzusetzen.

TOP 3: queerKastle e.V. – Karlsruher Zentrum für queere Vielfalt - Schaffung eines Begegnungsraums Aufhebung des Sperrvermerks
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Abd-el-Ghani (queerKastle) und Frau Dritschler (queerKastle).

Frau Sailer (SJB) führt in den TOP ein.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Aufhebung des Sperrvermerks zur Auszahlung des Zuschusses an den Träger queerKastle e.V. – Karlsruher Zentrum für queere Vielfalt für die Miet- und Nebenkosten eines Begegnungsraumes für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 in Höhe von jeweils 35.000 Euro zu beschließen.

TOP 4 Innovative Pflege – Vorgehensweise
- Mündlicher Bericht -

Frau Höfle (SJB) berichtet über die Vorgehensweise in der Innovativen Pflege.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

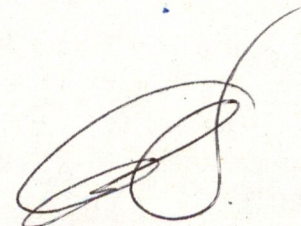
Karlsruhe, den 22. Mai 2024

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister

11.06.24



Carmen Edler
Schriftführerin